

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa.  
Verlag: R. A. Rieser.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts Riesa, des Amtsgerichts beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa beständig bestelltes Blatt.

Postkontonummer: 1898.  
Stempelnummer: Riesa Nr. 22.

Nr. 144.

Donnerstag, 28. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Unterbruchs von Druckstufenveränderungen, Beschädigungen der Abnehmer und Materialverlusten behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Ausgegeben am 28. Juni 1927, 8 Uhr abends. Druck- und Verlagsort: Riesa. Verantwortlich: R. A. Rieser. Druck- und Verlagsort: Riesa. Verantwortlich: R. A. Rieser.

## Das neue Strafgesetzbuch.

Mit der Vorlage des Entwurfs der Reichsregierung über das neue Strafgesetzbuch an den Reichstag tritt die Entwicklung des geltenden Rechts in Deutschland in eine neue Epoche ein. 25 Jahre lang dauerten die Vorarbeiten zu dem nun vorliegenden neuen Gesetzentwurf. Es werden die Ausschüsse über das neue Strafgesetzbuch, die sich mit dieser Materie befaßten, es wurden genaue Studien der Strafformen fast aller Länder vorgenommen, vergleichende Darstellungen angefertigt, kurz und gut, eine Vorarbeit geleistet, die der zu schaffenden neuen Tatwägung würdig war. Selbstverständlich baut sich auch das neue Strafgesetzbuch auf das alte Bundes-Gesetz vom 31. Mai 1870 auf. Dieses Bundes-Gesetz, das später nach Gründung des Deutschen Reiches in die Reichsverfassung aufgenommen wurde, hat im Laufe der Jahre mancherlei Veränderungen erfahren, so daß es schließlich außer Acht zu lassen war, sich aus dem Blick der Robellen und Abänderungsgesetze herauszulinden. Das neue Strafgesetzbuch will somit auch neben einer Anpassung der Strafgesetzbuch an die moderne Zeit auch Klarheit über das geltende Recht in Deutschland geben. Der vorliegende Gesetzentwurf ist unter Einwirkung von parteipolitischen Tendenzen ausgearbeitet worden. Die mit dem Werk beauftragten haben sich nur an das Sachliche, an die Materie selbst gehalten. So kam ein Werk zustande, das nur Zweckmäßiges und Gutes schaffen will, nichts Politisches. Man möchte wünschen, daß in den Beratungen des Reichstages dieser Tendenz des Werkes Rechnung getragen würde, daß Kritik und Befürwortung sich nur aus sachlichen Gesichtspunkten ergeben möchten, nicht aus Kompromissen parteipolitischer Art. Die erste Lesung im Reichstag zeigte jedenfalls, daß sich die Mitglieder fast aller Fraktionen des Hauses der Aufgabe bewußt sind. Immerhin konnte man schon jetzt feststellen, daß die Meinungen in den kommenden Ausschuss-Sitzungen zum Teil recht weit auseinandergehen werden. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, sich mit aller Energie gegen die Beibehaltung der Todesstrafe zu wenden. In den bürgerlichen Parteien ist die Ansicht über die Beibehaltung dieser Strafformen aller Parteien geteilt. Jedoch dürfte es als sicher gelten, daß die überwiegende Mehrheit des Reichstages die Abschaffung der Todesstrafe für untragbar halten wird. Auch bei weiteren Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes wird sich eine lebhaft Auseinandersetzung der Meinungen nicht vermeiden lassen. So über die Bestimmungen, die die neuen verhänglichen Maßnahmen gegen Gemeinheitsverbrechen umfassen, über die Bestimmungen, die den Begriff der Ehrenstrafen umschreiben und über andere mehr. Es wäre zu wünschen, wenn es dem Reichstage gelingen würde, in möglichst kurzer Frist diese neue gesetzgeberische Arbeit zu vollenden, zumal dieses neue Strafgesetzbuch nach seiner Annahme durch das Parlament zum ersten Male wieder eine Annäherung der Reichsgesetze an die unserer Bruder-Nation Österreich herbeiführt.

## Dr. Stresemann vor dem interfraktionellen Ausschuss.

qu. Berlin. Nachdem der Reichsanwältminister am Dienstag unverzüglich mit mehreren Abgeordneten der Regierungsparteien Fühlung genommen hatte, berichtete er am Mittwoch im interfraktionellen Ausschuss über die außenpolitische Lage und seine Gesandten Verhandlungen. Wie man hört, gestalteten sich die Besprechungen sehr lebhaft. Dr. Stresemann gab auf Fragen der Abgeordneten wiederholt Auskunft. Besondere Beachtung unterliegt man sich im interfraktionellen Ausschuss nicht weniger als drei Stunden über die außenpolitischen Fragen. Am Nachmittag hielten dann fast sämtliche Fraktionen Sitzungen ab, in denen die im interfraktionellen Ausschuss zur Debatte gestellten Fragen zur Kenntnis genommen wurden. Wie jetzt feststeht, wird der Zentrumsvizepräsident Dr. Kaas in der heutigen Sitzung des Reichstages die gemeinsame Interpellation der Regierungsparteien begründen und danach werden die einzelnen Fraktionen noch besonders ihre Redner vorordnen. Zwischen den Regierungsparteien sind übrigens gewisse Richtlinien ausgearbeitet worden und zwar in der Mitwirkung des interfraktionellen Ausschusses, nachdem die Aussprache mit Dr. Stresemann beendet war.

## Gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien.

Berlin. (Funkpruch.) Wie nunmehr feststeht, wird nach der Rede des Reichsanwältministers im Reichstage der Zentrumsvizepräsident Dr. Kaas eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien abgeben. Es ist jedoch möglich, daß in der zweiten Rednergaritur am Freitag die Fraktionen der Regierungsparteien einzeln auf die Ausführungen des Reichsanwältministers und der Oppositionsparteien antworten werden.

## Abreise Schachts nach Amerika.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, wird Reichsbankpräsident Dr. Schacht heute seine Reise nach Amerika antreten und dort an der Zusammenkunft des Zentralnotenbankpräsidenten teilnehmen.

## Der Sächsische Landtag zur Wendenfrage.

M. Dresden, 22. Juni 1927. Der Landtag erledigte in seiner heutigen Sitzung kurz und schmerzlos die Staatskapitel Rauhawede, Bergsiedemitz zu Freiberg, Oberbergamt und Bergämter.

Eine deutschnationale Anfrage wegen des Verkaufs amerikanischer Kartographieapparate beantwortete der Regierungsvertreter dahin, die Apparate würden im Saargebiet von deutschen Arbeitern hergestellt und seien von den Besitzern für den Export in den Ausland bestimmt. Demgegenüber heißt Abg. Berg (Dn.) sich, daß die Kartographie mit amerikanischem Kapital arbeite. Die Aufstellung der ausländischen Apparate stelle eine nicht zu billige Hintertreibung der deutschen Industrie dar. Auch der demokratische Redner Abg. Dr. Kähler war mit den Maßnahmen des Arbeitsministeriums nicht einverstanden.

Ein komm. Antrag verlangt, die Regierung zu beauftragen, sofort auf die Leitung der Vereinigten Jagdinspektion und Wehewer K. G. in Hamburg selbst und mit Hilfe der Reichsregierung einzumitteln, daß die Wapner Zweifelsstelle wieder in Betrieb genommen wird und alle vorher Beschäftigten mit ihren alten Rechten wieder eingestellt werden.

Der Regierungsvertreter Dr. Schacht bemerkt hierzu: Was der Antrag wünscht, ist von seiten der Regierung vor Eingang des Antrages in größtmöglichem Umfange getan worden. Das Stilllegungsverfahren ist vom März 1926 bis zum Juli 1926 durchgeführt worden. Schon im Juni 1926 hat damals auf Anregung des Stadtrates in Haug der Reichswirtschaftsminister bei der Bekleidung in Haug interveniert und sich bei deren Erklärung beruhigt, daß eine Verteilung der vorliegenden Aufgabe auf alle Betriebe, also unter Aufrechterhaltung der Bauwerk-Unternehmen, in Würde zur Folge haben würde, daß alle Betriebe wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt werden müßten. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat nach längeren Verhandlungen auch die Reichsarbeitsverwaltung für die Angelegenheit interessiert, und es ergab sich dabei, daß auch die Reichsregierung außerhande ist, die Wiedereröffnung des Haugner Betriebes bei dem Konzern durchzuführen. Inzwischen sind aber, sicherem Vernehmen nach, die Verhandlungen des Konzerns auf eine anderweitige Verwendung des Betriebes in einer Weise, die den brotlos gewordenen Arbeitnehmern dauernde Beschäftigung schafft, weitergegangen. Ueber den Stand dieser Verhandlungen läßt sich abschließend noch nichts sagen. Natürlich wird auch künftig die Regierung alles tun, damit der Haugner Betrieb wieder in Gang kommt.

Der Antrag wird dem Haushaltsausschuss B überwiefen. Hierauf begründet Abg. Rex (Soz.) einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung sich gegen die angelegte Verlängerung der Schlichtung für Werke der Literatur, der Kunst und der bildenden Kunst einzusetzen und ihre Vertreter im Reichstag anzuweisen, bei etwaigen Gesetzentwürfen gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtsstandes auf dem Gebiete des Urheberrechts zu stimmen. — Nach kurzen zutreffenden Erklärungen der Kommunisten und Demokraten findet der Antrag in sofortiger Schlussberatung einstimmig Annahme. Ein komm. Antrag und eine Anfrage derselben Partei beschäftigen sich mit der

## Wendenbewegung.

Abg. Renner (Komm.) verlangt Aufklärung über den politischen und sachlichen Inhalt der Besprechungen der Regierung und ihrer Beauftragten mit dem wendischen Volksrat.

Ministerialdirektor Dr. Schulte: Am 2. Januar d. J. fand in Belgard auf Anlaß der Annäherung der beiden Fraktionen Schmalzer und Haugener, Leiter des Hauptvereinsleiters der in Haugener erscheinenden wendischen Zeitung „Berliner Kömige“, eine große politische Kundgebung für die Bauwerk Wenden statt, die in ganz Deutschland mit Recht unheimliches Aufsehen erregte. Diese Kundgebung veranlaßte einige Wortführer der Wenden, an ihrer Spitze der Rechtsanwalt Justizrat Dr. Herrmann in Haugener, aus eigenem Antrieb der Amtshauptmannschaft mitzuteilen, daß das Verhalten der beiden Wenden gemißbilligt werde und nur geeignet sei, die gemeinschaftliche Arbeit mit der Regierung zu lähmen. Es sei zu hoffen, daß die vertrauensvollen Beziehungen zu dem Amtshauptmann, auf die von allen Seiten besonderer Wert gelegt werde, nicht leiden möchten. Im Anschluß an dieses Schreiben hat Justizrat Dr. Herrmann dem Amtshauptmann um eine persönliche Rücksprache, um verchiedene, den wendischen Volksrat betreffende Angelegenheiten in aller Offenheit einmal gegenseitig zu besprechen.

## Zweite Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Ausschuss.

Abg. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann am Mittwoch die zweite Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Das wichtigste Ereignis war, daß die Zulassung von Erlassenen abgelehnt wurde. Für die Deutsche Volkspartei erklärte Abgeordneter Moldenbauer, daß seine Fraktion, obwohl sie ursprünglich

Die Besprechung fand am Abend des 17. Januar d. J. statt. An ihr haben der Amtshauptmann Richter und Oberregierungsrat Dr. Walther als Beamte der Amtshauptmannschaft und von wendischer Seite Justizrat Dr. Herrmann und Pfarrer Jisch aus Gahnitz teilgenommen. Die Aussprache hatte beiderseits einen unverbindlichen und vertraulichen Charakter. Die Regierung glaubt deshalb, daß sich Mitteilungen über die Einzelheiten der Aussprache erübrigen. Die Besprechung endete mit der Vereinbarung, daß Justizrat Dr. Herrmann und Pfarrer Jisch eine Zusammenstellung der geäußerten Wünsche, insbesondere über das Schulwesen, vornehmen und der Amtshauptmannschaft einreichen sollten. Der Amtshauptmann erklärte sich bereit, diese Wünsche entgegenzunehmen und mit Vertretern des wendischen Volksrates zu erörtern, ohne aber damit diese Vertreter als die zukünftige Vertretung aller sächsischer Staatsbürger wendischer Abstammung anzuerkennen. Der Amtshauptmannschaft ist auch eine Zusammenstellung der wendischen Schulwünsche zugegangen, die von den Antragstellern nach mündlicher Verhandlung mit dem Amtshauptmann zwecks Umarbeitung wieder zurückgegeben worden ist. Nach alledem haben Besprechungen, mit dem Ziel, der Wendenpolitik der sächsischen Regierung einen neuen Aufwind zu geben, nicht stattgefunden. Für die Regierung besteht kein Anlaß, die von ihr bisher der wendischen Bevölkerung gegenüber eingeschlagene Politik zu ändern.

Der Regierungsvertreter gab dann eine längere Erklärung zu den in dem komm. Antrage gestellten Forderungen ab. In der weiteren Beratung über die Wendenfrage erörtert Abg. Wehle (Soz.), die Wenden dürften nicht daran, die feinerzeitigen Besprechungen wendischer Führer zu unterstützen. Allerdings hätten die Wenden verschiedene Wünsche. So verlangen sie, daß auf jeder Amts- und Amtshauptmannschaft wenigstens ein Beamter da sei, der der wendischen Sprache mächtig sei und das Vertrauen der Wenden besitze. Fälle von Unterdrückung der Wenden seien ihm nicht bekannt.

Abg. Streckmann (Dn.): Die Wendenfrage und ihr feinerzeitiger Führer Paris seien erledigt. Das scheint aber den Kommunisten nicht zu passen. Er freue sich, daß die Regierung sich heute wiederum bereit erklärt habe, allen Wünschen der Wenden entgegenzukommen. Die Öffentlichkeit möge nur ihr Teil dazu beitragen, daß die Wendenfrage nicht künstlich heraufbeschworen werde. Dann werde man auch Ruhe haben. Der kommunistische Antrag geht an den Rechtsausschuss. Des weiteren wurden noch einige Anträge erörtert, die Eisenbahn- und Postfragen betrafen. Von der Deutschen Volkspartei liegt ein Antrag vor über die

## Aufstellung von Warenautomaten in Eisenbahnwagen.

Abg. Schmidt (Dn.) begründet den Antrag und ersucht die Regierung, im Interesse des beruflichen Einzelhandels nachdrücklich auf die Reichsbahngesellschaft in der Richtung einzuwirken, daß die von ihr geplante Aufstellung von Warenautomaten in den Eisenbahnwagen nicht durchgeführt wird und die bereits in Gang gekommenen wieder entfernt. Verkaufsstellen in Bahnhöfen und auf Bahnhöfen nicht übermäßig vermehrt und private Verkaufsmittel innerhalb der Bahnhöfe möglichst eingeschränkt werden.

Abg. Berg (Dn.) unterstützt den Antrag der Volkspartei. Bei den Maßnahmen der Reichsbahn handele es sich nur um den Verdienst.

Abg. Dr. Kähler (Dem.) erklärt, alle beteiligten Kreise seien dagegen, daß die Reichsbahn unter der Vorpiegelung, dem Reisenden dienen zu wollen, aus rein fiskalischen Gesichtspunkten ihre Monopolstellung zugunsten des Handels auszunutzen. Ähnlich sei es auch mit der Klame. Man wisse oft vor lauter Klammehildern nicht, wie die Station heute über wo Fahrkarten oder dergleichen zu erhalten seien.

Der Antrag geht an den Haushaltsausschuss B. Der letzte Punkt der Tagesordnung bildet ein kommunistischer Antrag über die Abnahmemaßnahmen der Reichsbahn A. G. Der Antrag wird entsprechend dem Ausschussbeschluss in folgender Fassung angenommen: Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß sie alle geeigneten Schritte unternimmt, daß die Reichsbahn A. G. die beschlossenen Abnahmemaßnahmen rückgängig macht.

Schluss der Sitzung nach 7.15 Uhr.  
Nächste Sitzung: Donnerstag, 29. Juni, vorm. 11 Uhr.

einstimmig für die Zulassung von Erlassenen gewesen sei, jetzt Bedenken bekommen habe und die Abstimmung im Plenum darüber den Fraktionsmitgliedern freigegeben habe. Die anwesenden Ausschussmitglieder der Deutschen Volkspartei stimmten für ihre Verdon für die Zulassung, ebenso die Deutschnationalen mit Ausnahme eines Mitgliedes. Auch das Zentrum und die Demokraten stimmten geteilt. Geschlossen dagegen waren Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftspartei. Diese Abstimmung ist aber noch keine endgültige, da die definitive Entscheidung im Plenum fallen soll.